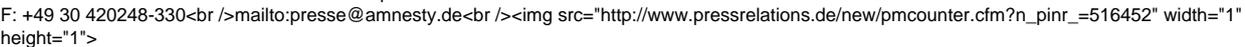




Innenministerkonferenz zu Asylanträgen aus Serbien und Mazedonien

Innenministerkonferenz zu Asylanträgen aus Serbien und Mazedonien
Amnesty verurteilt Stimmungsmache gegen Roma
05. Dezember 2012 - Zur Innenministerkonferenz (IMK) in Rostock und zum Asyl-Kompromiss vor 20 Jahren erklärt Asyl-Expertin Franziska Vilmar von Amnesty International: "Die leicht gestiegene Zahl der Asylsuchenden wird in Deutschland zur Stimmungsmache missbraucht. Forderungen von Politikern gegen den angeblichen Asylmissbrauch erinnern an die Rhetorik vor 20 Jahren." Der Bundestag änderte damals das Grundgesetz. Asylsuchende haben es seitdem extrem schwer, Schutz in Deutschland zu erhalten.
Ein Thema der IMK sind Asylanträge aus Serbien und Mazedonien. Werden diese Länder künftig als "sichere Herkunftsstaaten" definiert, können Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. "Roma, die in Mazedonien und Serbien stark diskriminiert werden, hätten in Deutschland kaum eine Chance auf Schutz", sagt Vilmar.
Pläne, wonach Menschen aus "sicheren Herkunftsstaaten" künftig weniger Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen sollen, bezeichnet Vilmar als "diskriminierend" und "womöglich verfassungswidrig".
Für Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an die Pressestelle.
Kontakt: AMNESTY INTERNATIONAL
Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Pressestelle, Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
T: +49 30 420248-306
F: +49 30 420248-330
mailto:presse@amnesty.de


Pressekontakt

Amnesty International

10405 Berlin

Firmenkontakt

Amnesty International

10405 Berlin

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage